

Kolumbien als internationaler Akteur

Eduardo Pastrana Buelvas / Peter Birle

Einleitung

Die kolumbianische Außenpolitik war während großer Teile des 20. Jahrhunderts und auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch eine enge Allianz mit den USA charakterisiert, was oft auf Kosten der Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Nachbarn sowie im multilateralen Rahmen ging. Zudem wurde die internationale Einbindung und Wahrnehmung des Andenstaates während der vergangenen 25 Jahre durch den internen Gewaltkonflikt und das Problem des Drogenhandels geprägt. Der damalige Präsident Andrés Pastrana (1998-2002) machte die Friedenssuche mit der Guerilla zu seiner Priorität, was zu den – letztlich gescheiterten – Friedensgesprächen von El Caguán mit den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*, FARC) führte. Pastrana setzte auf eine “Diplomatie für den Frieden”, die darin bestand, im Ausland wirtschaftliche Hilfen für die Entwicklung von Investitionsprogrammen für den sozialen Bereich und die Stärkung des Militärapparats zu suchen. Nach dem Scheitern der Friedensgespräche forcierte Pastrana die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den USA. Die milliardenschwere Militärhilfe der USA im Rahmen des *Plan Colombia* war Teil eines in den USA entwickelten Sicherheitskonzepts für die westliche Hemisphäre.

Während der beiden Amtszeiten von Präsident Álvaro Uribe (2002-2010) dominierte das Thema Sicherheit noch stärker als zuvor die internationale Agenda des Landes. Die politische Nähe zwischen der Regierung Uribe und der von US-Präsident George W. Bush führte dazu, dass der innerkolumbianische Konflikt in den Kontext des seit den Ereignissen des 11. September 2001 geführten globalen Kampfs gegen den Terrorismus gerückt wurde. Zugleich wurde auf handelspolitischer Ebene der Abschluss eines bilateralen Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten zum

Hauptanliegen. Insofern behielt Kolumbien das *respice polum*¹-Prinzip bei und betrachtete die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten als prioritär. Demgegenüber wurde weder den lateinamerikanischen Nachbarn, noch Europa, Asien oder Afrika große Aufmerksamkeit zuteil. Auch die Themen der regionalen und globalen Agenda spielten für Kolumbien nur eine untergeordnete Rolle (Carvajal 2006: 146; Carvajal/Amaya 2005: 5-69).

Demgegenüber leitete Uribes Nachfolger, Präsident Juan Manuel Santos, einen außenpolitischen Richtungswechsel mit dem Ziel einer geografischen und thematischen Diversifizierung der Außenbeziehungen ein. Die *respice polum*-Doktrin wurde durch einen *respice similia*²-Ansatz ersetzt, der das Spektrum der internationalen Vernetzung Kolumbiens erweitern und die Beziehungen mit den lateinamerikanischen Staaten wiederbeleben sollte. Die Normalisierung der Beziehungen mit den Nachbarländern Venezuela und Ecuador gehörte zu den Prioritäten der seit August 2010 amtierenden Regierung Santos. Die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) erhielten neue Impulse und es kam zu einer Wiederbelebung der bilateralen Beziehungen mit Schlüsselakteuren wie Deutschland, Spanien, Frankreich, Großbritannien und Schweden. Zugleich entwickelte die Regierung Santos eine Strategie gegenüber dem pazifischen Asien.

In thematischer Hinsicht begann Kolumbien damit, die Bedeutung von Themen wie Drogenhandel, Sicherheit und Terrorismus für sein außenpolitisches Programm zu relativieren. Demgegenüber erfuhren Themen wie Umwelt, Handel, Menschenrechte, Energie, soziale Entwicklung, Migration und wissenschaftliche Zusammenarbeit mehr Aufmerksamkeit. Dieser Wandel war Teil der Bestrebungen der Regierung Santos, ein geeignetes internationales Umfeld für die interne Entwicklung des Landes zu schaffen. Seit Beginn der Friedensverhandlungen mit den FARC war die

1 Aus historischer Sicht räumten die unterschiedlichen Regierungen Kolumbiens den während des 20. Jahrhunderts engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eine Sonderrolle ein. Diese Tendenz setzte sich nach dem Verlust Panamas durch die Intervention und die Hilfe der Vereinigten Staaten 1903 durch. Die politischen und ökonomischen Eliten waren der festen Überzeugung, dass eine enge Anbindung an die USA die beste Strategie zur Verteidigung nationaler Interessen sei. Diese Konstante, die von Ex-Präsident Marco Fidel Suárez (1918-1921) geprägt wurde, ist in der kolumbianischen Außenpolitik als *respice polum* (nach Norden schauen)-Doktrin bekannt.

2 Als *respice similia* wurde die von Expräsident Alfonso López Michelsen (1974-1978) geprägte Außenpolitik Kolumbiens bezeichnet, die die Konsolidierung der Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten zum Ziel hat. Während der vergangenen vierzig Jahre fand sie ihren Ausdruck in verschiedenen Initiativen zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und Integration.

Regierung darum bemüht, internationale Unterstützung für den Friedensprozess zu erhalten und dadurch die Legitimation des Prozesses zu stärken. Dabei ging es auch darum, mittel- und langfristig eine neue regionale und globale Identität Kolumbiens zu konstruieren.

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, welche Chancen und Herausforderungen sich für die kolumbianische Außenpolitik und für die internationale Rolle des Landes nach dem Abschluss des Friedensabkommens mit den FARC ergeben. Dabei werden sechs Themenbereiche angesprochen: die internationale Dimension des Friedensprozesses, die Beziehungen Kolumbiens mit seinen Nachbarländern, die Haltung gegenüber den regionalen Kooperations- und Integrationsprozessen, die Beziehungen mit den USA, die Beziehungen mit Europa sowie die Gestaltungsansprüche und Kooperationsmöglichkeiten Kolumbiens auf globaler Ebene.

Die internationale Dimension des Friedensprozesses

Seit Beginn der Friedensgespräche mit den FARC war die Regierung von Präsident Santos darum bemüht, ein internationales Klima zur Unterstützung der Gespräche zu schaffen und denjenigen Faktoren entgegenzuwirken, die während der Amtszeit von Präsident Uribe das Misstrauen gegenüber Kolumbien von Seiten der lateinamerikanischen Nachbarn erhöht hatten (Pastrana Buelvas/Vera 2015: 106-108). Das gewachsene Selbstvertrauen vieler lateinamerikanischer Länder gegenüber den USA, der Aufstieg Brasiliens zu einem *global player* sowie die neuen – postliberalen bzw. posthegemonialen – regionalen Kooperations- und Integrationsprozesse waren auch für die Friedenssuche in Kolumbien wichtige Rahmenbedingungen (Riggirozzi/Grugel 2015). In dem Bewusstsein, dass die Unterstützung eines möglichen Friedensprozesses durch die USA sowie durch europäische und lateinamerikanische Länder von enormer Bedeutung für dessen Erfolg sein würde, erhöhte die Regierung Santos ihre Präsenz auf regionaler und globaler Ebene. Sie passte die Außenpolitik des Landes damit an ein zunehmend multipolares internationales System an.

Der Friedensprozess ist in mindestens vier Dimensionen mit der Außenpolitik Kolumbiens und der Rolle der internationalen Gemeinschaft verknüpft. Dazu gehören die Aushandlung von Friedensabkommen mit den FARC und der ELN, die Begleitung der Umsetzung solcher Abkommen in einem Post-Konflikt-Szenarium, die rechtliche Aufarbeitung von

Menschenrechtsverletzungen durch Prozesse der Übergangsjustiz unter Beteiligung internationaler Akteure sowie die Unterstützung des Wiederaufbaus und der für einen dauerhaften Frieden zentralen sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes. Die internationale Beteiligung war für die Aushandlung des Friedensabkommens mit den FARC von großer Bedeutung, sie wird auch für dessen Umsetzung wichtig sein. Die kolumbianische Politik steht dabei vor der Herausforderung, die aufgrund der anstehenden Implementierungsprozesse unbedingt notwendige Involvement internationaler Akteure auch gegenüber der kolumbianischen Bevölkerung und den verschiedenen politischen Akteuren zu legitimieren, eine angesichts der traditionellen Animositäten gegenüber jeder Art von externer Einmischung nicht einfache Aufgabe (Betancourt Vélez 2016).

Gerade die Internationalisierung des Verhandlungsprozesses, etwa die Rolle Kubas und Norwegens als Garanten sowie die Chiles und Venezuelas als Begleiter der Verhandlungen, trug entscheidend zu deren Erfolg bei. Auch bei den laufenden Verhandlungen mit der ELN spielt internationale Begleitung und Vermittlung eine wichtige Rolle. Die Vereinten Nationen haben sich dazu verpflichtet, im Rahmen einer Sondermission die Verifizierung des Waffenstillstands sowie die Entwaffnung und Wiedereingliederung der ehemaligen FARC-Kämpfer zu unterstützen. Auch die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten erklärte Anfang 2016 ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Friedensprozesses. Das Engagement der internationalen Gemeinschaft ist auch für die Unterstützung der sozio-ökonomischen Entwicklung Kolumbiens im Post-Konflikt wichtig. Verschiedene Länder und internationale Organisationen haben Fonds zur Unterstützung des Friedensprozesses aufgelegt, darunter die Interamerikanische Entwicklungsbank, die EU, Deutschland und die USA (Borda/Gómez 2015; Pastrana Buelvas/Gehring 2017).

Zu den Herausforderungen an die kolumbianische Außenpolitik in der Phase des Post-Konfliktes gehört es, gemeinsam mit den Nachbarstaaten eine Politik zu entwickeln, mit der die Grenzen konsolidiert werden und die grenzüberschreitende Kriminalität eingedämmt wird. Dazu ist auch eine Harmonisierung der Politik der öffentlichen Sicherheit mit den Nachbarländern notwendig. Der Friedensprozess könnte dazu beitragen, neue regionale Schwerpunkte im Kampf gegen die Drogen zu setzen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine weitere Vertiefung der bi- und multilateralen Beziehungen Kolumbiens in Südamerika.

Die Beziehungen mit den Nachbarländern in Südamerika

Der interne Gewaltkonflikt hatte gravierende Auswirkungen für die Beziehungen Kolumbiens mit seinen Nachbarn in Südamerika. Dies war vor allem deshalb der Fall, weil ein Teil des Konfliktes sich in den Grenzzonen abspielte oder negative Auswirkungen auf diese Räume hatte. Daraus ergaben sich im Lauf der Zeit immer wieder Spannungen mit den Nachbarländern, die sich besonders während der Amtszeit von Präsident Uribe (2002-2010) vertieften. Dazu trugen nicht nur unterschiedliche Sicherheitskonzepte, unautorisierte Grenzübertritte der kolumbianischen Streitkräfte sowie Belastungen der Nachbarländer durch Vertriebene und Flüchtlinge aus Kolumbien bei, sondern auch unterschiedliche ideologische Ausrichtungen der Regierungen. Während die konservative Regierung von Präsident Uribe gegenüber der Region distanziert blieb und die Nähe der USA suchte, wurden viele lateinamerikanische Länder von progressiven, den USA gegenüber kritisch eingestellten und um einen Ausbau der regionalen Zusammenarbeit bemühten Präsidenten regiert, darunter mit Brasilien, Venezuela und Ecuador auch drei von vier Nachbarn Kolumbiens in Südamerika.

Insbesondere mit der Regierung des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez (1999-2013) ergaben sich offene Spannungen. Während Uribe der Regierung Venezuelas wiederholt vorwarf, sie gewähre Terroristen Unterschlupf, bezeichnete Chávez Kolumbien u.a. als "Flugzeugträger der USA" in der Region. Die Situation gegenüber Ecuador war ähnlich spannungsgeladen. Die kritischste Situation ergab sich nach der sogenannten *Operación Fénix* im Jahr 2008, als das kolumbianische Militär ecuadorianisches Territorium bombardierte, um den FARC-Kommandanten Raúl Reyes zu töten. Diese Aktion führte in ganz Südamerika zu einem erheblichen Maß an Misstrauen gegenüber Kolumbien. Ähnlich wie gegenüber Venezuela behauptete die Regierung Uribe kurz nach der Verletzung der ecuadorianischen Souveränität, sie verfüge über Beweise dafür, dass Ecuadors Präsident Rafael Correa Kontakte mit den FARC unterhalte. Mit Brasilien entwickelten sich keine vergleichbaren Spannungen wie mit Venezuela und Ecuador, gleichwohl zeigte sich das Nachbarland besorgt über das Agieren illegaler Gruppen im Grenzgebiet zwischen beiden Ländern. Ein konfliktträchtiges Thema zwischen der Regierung Uribe und den von der Arbeiterpartei PT gestellten brasilianischen Regierungen unter den Präsidenten Lula und Rousseff war auch die militärische Zusam-

menarbeit Kolumbiens mit den USA, beispielsweise die Autorisierung der Nutzung von kolumbianischen Militärbasen durch US-Militär (Pastrana Buelvas 2011).

Der Amtsantritt von Präsident Santos führte 2010 zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen mit den Nachbarländern. Seine erste Auslandsreise führte Santos nach Brasilien und sehr rasch bemühte er sich um eine Wiederherstellung der Beziehungen mit Venezuela und Ecuador. Die Annäherung der Regierung Santos an die Region war nicht nur den Bemühungen um eine thematische und geographische Diversifizierung der kolumbianischen Außenpolitik geschuldet, sondern auch der Notwendigkeit, den beginnenden Friedensprozess mit den FARC zu legitimieren. Die Nachbarländer waren nicht mit der einseitig auf eine militärische Lösung abzielenden Strategie einverstanden gewesen, mit der Präsident Uribe den internen Gewaltkonflikt lösen wollte. Sie begrüßten eine Verhandlungslösung. Insofern trug der Beginn der Friedensgespräche 2012 dazu bei, dass der kolumbianischen Regierung wieder mehr Vertrauen von Seiten der Nachbarländer entgegengebracht wurde.

Für die Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC spielte Venezuela eine wichtige Rolle. Der damalige venezolanische Präsident Chávez agierte als Vermittler zwischen der Regierung Santos und der Guerillaorganisation. Mit dem Tod von Chávez und dem Amtsantritt seines Nachfolgers Nicolás Maduro im Jahr 2013 verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen allerdings erneut. Die tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Krise, die Venezuela seit einigen Jahren durchlebt, macht stabile Beziehungen mit Kolumbien äußerst schwierig. 2015 veranlasste die venezolanische Regierung die Ausweisung zahlreicher in Venezuela lebender Kolumbianer, immer wieder wurden in den vergangenen Jahren die bilateralen Grenzen geschlossen. Hinzu kommt, dass im Grenzgebiet zwischen beiden Ländern diverse illegale Gruppen operieren. Schmuggel, Korruption und Gewalt gehören dort zum Alltag. Die Regierung Maduro hat der kolumbianischen Regierung wiederholt vorgeworfen, für die wirtschaftliche und soziale Krise in Venezuela mitverantwortlich zu sein. Die bilateralen Spannungen zwischen den Regierungen führten dazu, dass die dringend notwendige bilaterale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der sozialen Probleme und der Kriminalität in den gemeinsamen Grensräumen allenfalls ansatzweise stattfindet. Ein vollständiger Zusammenbruch Venezuelas könnte auch für die Entwicklung in Kolumbien gravierende Folgen haben (Márquez Restrepo 2017).

Eines der am stärksten durch den innerkolumbianischen Gewaltkonflikt betroffenen Länder war der südliche Nachbar Ecuador. Die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten der bilateralen Grenze hatte besonders unter den Konsequenzen des bewaffneten Konflikts zu leiden. Die Verbesserung der Lebensumstände dieser Bevölkerung gehört zu den großen Herausforderungen der Zeit nach dem Friedensabkommen. Trotz fortbestehender ideologischer Divergenzen konnte das Vertrauen zwischen den Regierungen Kolumbiens und Ecuadors seit 2010 durch umfassende diplomatische Aktivitäten, darunter wiederholte Treffen der Staatspräsidenten und ein regelmäßiger Dialog der Außenminister, stark verbessert werden. Die Regierung von Präsident Correa unterstützte nicht nur den Friedensprozess mit den FARC, sie bot auch darüber hinaus ihre Zusammenarbeit an. Die Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und der Rebellengruppe ELN finden seit Februar 2017 in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito statt.

Eine zentrale Sorge Ecuadors betrifft die Grenzregionen mit Kolumbien, denn in den Departements Nariño und Putumayo operieren verschiedene illegale Gruppen, die Gewaltindices in diesen Regionen sind sehr hoch. Eine Befürchtung Ecuadors besteht darin, dass ehemalige Mitglieder der FARC sich nicht den Abmachungen im Rahmen des Friedensabkommens unterwerfen und sich kriminellen Banden anschließen, wodurch Gewalt und illegale Aktivitäten in den Grenzregionen weiter zunehmen könnten. Um den Bedrohungen wirkungsvoll zu begegnen, wurde die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung ausgebaut. Dazu gehören gemeinsame Militäroperationen im Grenzraum und ein verbesserter Informationsaustausch. 2013 unterzeichneten beide Länder einen binationalen Grenzentwicklungsplan für die Jahre 2014–2022. Er sieht unter anderem Investitionen in die Infrastruktur, in die Gesundheitssysteme sowie binationale Mechanismen zur Handhabung und zur Reduzierung von Naturkatastrophen vor. Ein 2015 verabschiedetes Abkommen sieht darüber hinaus eine intergouvernementale Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung vor (Márquez Restrepo 2017).

Auch Brasilien hat die Friedensgespräche in Kolumbien von Anfang an unterstützt. Bei einem Staatsbesuch im Jahr 2015 äußerte die damalige brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff ihr Interesse, ein wichtiger Alliiertes Kolumbiens in einer Periode des Post-Konflikts zu sein. Mit dem Friedensabkommen ergibt sich somit die Möglichkeit, dass beide

Länder ihre bilaterale Zusammenarbeit in Bereichen ausbauen, die über die traditionellen Themen Sicherheit und Verteidigung hinausgehen. Ein solcher Bereich ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Für die zukünftige Entwicklung des kolumbianischen Agrarsektors ist dieses Thema von großer Relevanz. Wenn die Möglichkeit besteht, von den brasilianischen Erfahrungen in diesem Bereich zu lernen, wäre dies für Kolumbien von großem Vorteil. Der Grenzraum zwischen beiden Ländern besteht zum größten Teil aus Urwald. Zu einem großen Problem hat sich dort in den vergangenen Jahren der illegale Bergbau entwickelt, weshalb es für beide Länder von großer Relevanz wäre, die polizeiliche Zusammenarbeit durch gemeinsame Operationen und einen verbesserten Informationsaustausch zu stärken. Auch in diesen Gebieten besteht die Gefahr, dass ehemalige Guerilleros, die nicht zur Demobilisierung bereit sind, sich anderen illegalen Gruppen oder Netzwerken anschließen. Aus diesem Grund ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und Brasilien im Rahmen der Binationalen Grenzkommission notwendig. Brasilien ist für Kolumbien ein wichtiger Handelspartner. 2015 unterzeichneten beide Länder ein Doppelbesteuerungsabkommen und eine Vereinbarung, auf deren Grundlage die Exporte des brasilianischen Automobilssektors nach Kolumbien angekurbelt werden sollen. Ebenfalls unterzeichnet wurden Kooperations- und Investitionsabkommen. Eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit bietet sich auch in den Bereichen Umwelt und Biodiversität an. Beide Länder verfügen über ein herausragendes Ausmaß an Biodiversität, weshalb die Entwicklung gemeinsamer Positionen und Strategien im Rahmen multilateraler und globaler Kooperationsforen sinnvoll wäre (Candeas 2013).

Die über weite Phasen der Geschichte durch wechselseitiges Desinteresse und gelegentliche Konflikte charakterisierten bilateralen Beziehungen zwischen Kolumbien und Peru haben sich seit Mitte der 1980er Jahre deutlich intensiviert und diversifiziert. In großen Teilen übereinstimmende Entwicklungsmodelle und Strategien der internationalen Einbindung ermöglichten in relativ kurzer Zeit Fortschritte bei der Vertiefung der Zusammenarbeit. Ein wichtiges Thema der Beziehungen ergibt sich aus der Tatsache, dass der größte Teil des gemeinsamen Grenzraums in der Amazonas-Tiefenebene liegt. Die Zusammenarbeit wird allerdings dadurch erschwert, dass die Grenzgebiete unterschiedlich stark besiedelt und zum Teil schwer zugänglich sind. So ist das Gebiet um den Fluss Putumayo auf kolumbianischer Seite gut über Straßen erreichbar, auf peruanischer Seite

dagegen nur schwer zugänglich. Den auf kolumbianischer Seite entstandenen Bevölkerungszentren und wirtschaftlichen Aktivitäten stehen auf peruanischer Seite isoliert lebende indigene Gemeinschaften gegenüber. Umgekehrt ist die peruanische Präsenz im Grenzraum rechtsseitig des Amazonas deutlich stärker als auf kolumbianischer Seite. Seit den 1990er Jahren wurden verschiedene Entwicklungspläne und Konsultationsmechanismen zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Förderung der integrativen Entwicklung in den Grenzräumen geschaffen. Zudem besteht bereits seit 1994 ein bilateraler Konsultationsmechanismus der Außen- und Verteidigungsminister. Er dient der Beratung von außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen, die für beide Länder von vitaler Bedeutung sind (Birle 2016; Novak/Namihás 2011).

Die größte Aufmerksamkeit der bilateralen Zusammenarbeit in den Grenzräumen gilt der Bekämpfung des Drogenhandels, der für beide Länder eine sicherheitspolitische Herausforderung ist. Sowohl in Kolumbien als auch in Peru gibt es in den Grenzgebieten illegale Anbauflächen von Coca, die sich in den 1990er Jahren angesichts einer effizienten Verbotspolitik in Peru zunächst stärker nach Kolumbien verlagerten (Balloneffekt). Im vergangenen Jahrzehnt reduzierten sich dagegen die Anbauflächen in Kolumbien und erhöhten sich erneut in Peru. Eine 2007 geschaffene Binationale Kommission für Grenzsicherheit hat die Aufgabe, die Sicherheitslage im gemeinsamen Grenzraum zu überwachen und gemeinsame Maßnahmen zu koordinieren. Sie wird ergänzt durch Gesprächsrunden und Arbeitsgruppen zwischen hochrangigen Militärs beider Länder (Namihás 2012: 55-61).

Die Haltung gegenüber den regionalen Kooperations- und Integrationsprozessen

Die regionale Zusammenarbeit in Süd- und Lateinamerika zeichnete sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts durch sehr dynamische Entwicklungen aus. Neben älteren Organisationen wie der bereits 1960 gegründeten regionalen Freihandelsorganisation *Asociación Latinoamericana de Libre Comercio* (ALALC; 1980 umbenannt in *Asociación Latinoamericana de Integración*, ALADI) und subregionalen Organisationen wie der 1969 gegründeten CAN (*Comunidad Andina de Naciones*, Andengemeinschaft;

früher: Andenpakt) entstanden mit der ALBA (*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*, Bolivarianische Allianz für Amerika, gegründet 2004), der UNASUR (*Unión de Naciones Suramericanas*, Union Südamerikanischer Nationen, gegründet 2008), der CELAC (*Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños*, Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten, gegründet 2011) und der AP (*Alianza del Pacífico*, Pazifikallianz, gegründet 2012) innerhalb von weniger als zehn Jahren vier neue Regionalorganisationen. Diese organisatorische Vielfalt ist aber auch Ausdruck der ideologischen und entwicklungsstrategischen Divergenzen, die das heutige Lateinamerika auszeichnen.

Kolumbien ist Mitglied von ALADI, CAN, UNASUR, CELAC und AP. Die Regierung Uribe machte ihre Haltung gegenüber internationalen Organisationen stark davon abhängig, inwiefern deren Ausrichtung mit den sicherheitspolitischen Vorstellungen des Präsidenten übereinstimmte. Entsprechend skeptisch betrachtete sie die Entstehung der neuen post-liberalen Regionalorganisationen ALBA und UNASUR. Insbesondere die Gründung der ALBA verursachte Beunruhigung, da deren linke, US-kritische Positionen sowie die Distanzierung gegenüber dem neoliberalen Kapitalismus als internationale Unterstützung für den politischen Diskurs der kolumbianischen Guerilla verstanden wurden (Betancourt Vélez 2016: 331). Aber auch der UNASUR begegnete man mit Misstrauen, obwohl diese sehr viel moderatere Positionen vertrat. Das lag nicht zuletzt daran, dass Brasilien und Venezuela die wesentlichen Impulsgeber für die Gründung der UNASUR gewesen waren. Beide Länder lehnten, genauso wie die UNASUR selbst, eine Kategorisierung der kolumbianischen Guerillas als terroristische Organisationen ab. Kolumbien trat zwar der UNASUR bei, aber Präsident Uribe weigerte sich 2008, an der protokollarischen Sitzung zur Gründung der Organisation teilzunehmen.

Mit der Ablösung der Regierung Uribe durch Präsident Santos änderte sich auch die Haltung Kolumbiens gegenüber den regionalen Kooperations- und Integrationsprozessen in Lateinamerika. Die Skepsis und Distanz gegenüber der ALBA blieb bestehen, aber im Rahmen der UNASUR übernahm Kolumbien jetzt eine aktivere Rolle (Pastrana Buelvas/Vera 2012a: 617-623; 2012b: 160-167). Es trat auch dem Südamerikanischen Verteidigungsrat bei, dessen pro tempore Präsidenschaft es 2013/2014 gemeinsam mit Surinam übernahm. Schon 2012 hatte das Land den Anstoß für die Einrichtung des *Consejo Suramericano en Materia de Seguridad, Justicia y Coordinación de Acciones contra la Delincuencia Organizada*

Transnacional im Rahmen der UNASUR gegeben. Nicht zuletzt der Ausbau von Mechanismen zur besseren Überwachung des Amazonasraums stand relativ weit oben auf der multilateralen Agenda Kolumbiens. 2015 bezeichnete die kolumbianische Regierung die UNASUR als wichtigstes politisches Dialog- und Konzertierungsforum in Südamerika und nahm sich vor, die eigene Rolle im Rahmen des Organismus zu stärken (Betancourt Vélez 2016: 337-338).

Nicht zuletzt im Hinblick auf die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Südamerika kommt der UNASUR eine Schlüsselrolle zu. Die militärische Modernisierung und Aufrüstung Kolumbiens unter Präsident Uribe führte in den Nachbarstaaten zu Beunruhigung. Nicht nur die kolumbianischen Verteidigungsausgaben nahmen dementsprechend seit Beginn des 21. Jahrhunderts deutlich zu, sondern auch die anderer südamerikanischer Länder. Die zwölf Mitgliedsländer der UNASUR gaben zwischen 2006 und 2010 mehr als 126 Mrd. US-Dollar für ihre Streitkräfte aus, davon entfielen 43,7 % auf Brasilien, 17 % auf Kolumbien, 9 % auf Venezuela, 8,3 % auf Chile und 4,5 % auf Argentinien (Consejo de Defensa Suramericano 2014). Gemessen an seiner Größe war Kolumbien dasjenige Land, das am meisten in diesen Sektor investierte. Gerechtfertigt wurde dies mit dem Argument, dass die Ausgaben für die Bekämpfung des internen Konflikts gedacht seien und davon keine Bedrohung für die Nachbarstaaten ausgehe. Auch nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen ist nicht mit einem raschen Rückgang der kolumbianischen Militärausgaben zu rechnen, da die Streitkräfte im Rahmen der Implementierung des Friedensprozesses wichtige Aufgaben übernommen haben und ein Teil der bisherigen Bedrohungen fortbesteht. Eine aktive Mitarbeit Kolumbiens im Südamerikanischen Verteidigungsrat der UNASUR ist angesichts dieser Umstände von grundlegender Bedeutung, um durch vertrauensbildende Maßnahmen zu verhindern, dass Misstrauen von Seiten der Nachbarländer zu einem Rüstungswettlauf in Südamerika führt (Arroyave 2012).

Neben der UNASUR spielt auch die 2012 gegründete Pazifikallianz eine wichtige Rolle für die regionale Einbindung Kolumbiens. Die AP steht für einen offenen Regionalismus, d.h. für eine liberale und wettbewerbsorientierte Integration in die Weltwirtschaft. Die vier Mitgliedsländer Peru, Chile, Mexiko und Kolumbien weisen ähnliche Strategien der internationalen Einbindung auf und waren schon vor Gründung der AP durch bilaterale Freihandelsabkommen untereinander vernetzt. Sie be-

trachten die AP als ein Instrument zur Vereinfachung und Harmonisierung untereinander existierender Handelsregeln und als Plattform einer gemeinsamen Projektion gegenüber dem Rest der Welt, vor allem aber gegenüber dem pazifischen Asien. Aus kolumbianischer Perspektive ist die Mitgliedschaft in der AP Teil der Strategie zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Dazu gehört, dass der illegale Handel, der den Konflikt genährt hat, durch die Eingliederung der peripheren Gebiete des Landes in eine moderne Volkswirtschaft und deren Integration in die Weltwirtschaft eingedämmt wird (Pastrana Buelvas/Betancourt Vélez/Castro 2014).

In der CELAC ist Kolumbien wie alle anderen lateinamerikanischen Länder vertreten, allerdings hat sich die Zusammenarbeit in diesem Rahmen bislang vor allem auf symbolische Politik und allgemeine Deklaration beschränkt. Aus kolumbianischer Perspektive besteht nicht zuletzt ein Interesse daran, die bisher bilateral organisierte Sicherheitskooperation mit Mexiko, Zentralamerika und der Karibik in Zukunft auch über die CELAC zu kanalisieren.

Insgesamt hat sich die regionale Agenda Kolumbiens in den vergangenen Jahren stark erweitert und diversifiziert. Auch wenn Themen wie Sicherheit und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität nach wie vor von zentraler Bedeutung sind, haben andere Themen, beispielsweise ökologische Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Migration an Bedeutung gewonnen. Angesichts der thematischen Erweiterung der außenpolitischen Agenda gewinnt die Region für Kolumbien an Bedeutung und in vielen Themenbereichen könnte die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern in Zukunft wichtiger werden als mit Akteuren außerhalb der Region.

Allerdings hat sich zwischenzeitlich die innenpolitische Situation in einigen südamerikanischen Ländern geändert. So sind in Brasilien und Argentinien konservative Regierungen an die Macht gelangt. Die Dynamik der innerlateinamerikanischen Kooperations- und Integrationsprozesse hat sich gegenüber dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts deutlich reduziert. Zweifellos wäre eine Konsolidierung des Friedensprozesses in Kolumbien ein großer Gewinn für ganz Südamerika, nicht nur im Hinblick auf Sicherheitsaspekte, sondern auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, die sich durch den Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit bieten. Gleichwohl gibt es keinen automatischen Zusammenhang zwischen ei-

nem erfolgreichen Friedensprozess und gutnachbarlichen Beziehungen. Dies zeigt sich insbesondere an den bilateralen Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela, die trotz der erfolgreichen Friedensbemühungen durch gravierende Spannungen gekennzeichnet sind.

Die Beziehungen mit den USA

Zu Beginn dieses Beitrages wurde bereits darauf hingewiesen, dass die USA über weite Phasen des 20. Jahrhunderts der wichtigste außenpolitische Partner Kolumbiens waren. Der bilaterale Schulterschluss zwischen beiden Ländern wurde durch den von den Präsidenten Clinton und Pastrana ins Leben gerufenen *Plan Colombia* bekräftigt und während der Amtszeit von Präsident Uribe nochmals verstärkt. Bis 2016 flossen im Rahmen des Plans mehr als 10 Mrd. US-Dollar nach Kolumbien, überwiegend für Militärhilfe (Miles 2017). Während der Amtszeit von US-Präsident George W. Bush erhielt Kolumbien durchschnittlich 630 Mio. US-Dollar pro Jahr an US-Hilfsgeldern, nach einer Reduzierung im Zuge der internationalen Finanzkrise von 2008 waren es 2013 immer noch 328 Mio. US-Dollar. Die von vielen Experten als "exzessiv" kritisierte Präsenz der USA in Kolumbien seit der Regierung Pastrana war allerdings nicht durch ein Interventionsinteresse der USA verursacht. Vielmehr handelte es sich um eine "Intervention auf Einladung" (Tickner 2007), d.h. die kolumbianischen Eliten forderten geradezu eine Einmischung der USA in diejenigen internen Angelegenheiten Kolumbiens, die mit dem Kampf gegen den bewaffneten Aufstand und den Drogenhandel zusammenhingen.

Mit dem Amtsantritt von Präsident Santos begann der Versuch einer geographischen und thematischen Diversifizierung der kolumbianischen Außenpolitik. Es kam nicht zu einer Abkehr von den USA, aber zu einer Hinwendung zu anderen Partnern. Gleichwohl blieben die USA nicht zuletzt in wirtschaftlicher Hinsicht der wichtigste Partner des Landes (zu den Wirtschaftsbeziehungen mit den USA siehe den Beitrag von Vera in diesem Band). Die Regierungen Obama und Santos stimmten darin überein, den Kampf gegen Drogenhandel und bewaffneten Aufstand mit einer geänderten Strategie fortzuführen, die nicht mehr ausschließlich auf militärische Elemente setzte. Von Anfang an unterstützte die US-Regierung den Friedensprozess von Havanna, ohne selbst dabei eine größere Rolle zu spielen. In den ersten Verhandlungsjahren beschränkte sie sich darauf,

in öffentlichen Erklärungen wiederholt ihre Unterstützung für die Friedensbemühungen zu signalisieren. Im Jahr 2015 ernannten die USA einen Sondergesandten zur Unterstützung des Verhandlungsprozesses in Havanna, Bernie Aronson. Auch er erhielt allerdings keine privilegierte Rolle bei den Verhandlungen.

Im Februar 2016 erinnerten beide Länder im Rahmen eines Treffens zwischen den Präsidenten Santos und Obama im Weißen Haus an die Lancierung des *Plan Colombia* 15 Jahre zuvor. Sie sprachen dabei auch über einen Nachfolgeplan zur technischen und finanziellen Zusammenarbeit, um die Kontinuität der US-Unterstützung zu gewährleisten. Einen Monat später traf der Oberkommandierende der US-Streitkräfte, Joseph Dunford, bei einem Kolumbienbesuch mit Präsident Santos und der Führungsspitze der kolumbianischen Streitkräfte zusammen. Bei seiner Abreise informierte Dunford, dass Kolumbien um eine Fortsetzung der finanziellen und technischen Unterstützung durch die USA gebeten habe. Präsident Obama bat den Kongress 2016 um die Verabschiedung eines Hilfspakets in Höhe von 450 Mio. US-Dollar für Kolumbien. Die Hilfsgelder sollen nicht mehr weitestgehend in den Militärapparat fließen, sondern für Wirtschaftshilfe, Demobilisierung, Minenentsorgung und ähnliche Zwecke verwendet werden (Pastrana Buelvas/Gehring 2017: 35-40).

Mit der überraschenden Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten stellte sich die Frage, wie sich die USA in Zukunft zum Friedensprozess in Kolumbien verhalten und ob sie die von Präsident Obama gemachten Zusagen einhalten würden. Trump hatte sich zwar im Wahlkampf nicht direkt zum Thema Kolumbien geäußert, aber eine frontale Opposition im Hinblick auf einen "exzessiven" Gebrauch von US-amerikanischen Ressourcen zur Unterstützung der Sicherheit und Verteidigung anderer Länder angekündigt (Hawley 2017). Trumps Entscheidung, sich im April 2017 noch vor dem ersten USA-Besuch des amtierenden kolumbianischen Präsidenten Santos mit den beiden ehemaligen Präsidenten Uribe und Pastrana zu treffen, weckte zusätzliche Zweifel an der Haltung der US-Regierung gegenüber dem Friedensprozess in Kolumbien, denn Uribe und Pastrana gehören zu den schärfsten Kritikern der Politik von Präsident Santos, dem sie vorwerfen, den FARC gegenüber zu umfangreiche Zugeständnisse gemacht zu haben. Anfang Mai 2017 bewilligte der US-Kongress die für das Haushaltsjahr 2017 eingeplanten Hilfsgelder von 450 Mio. US-Dollar in vollem Umfang. Die Gelder sind u.a. für einen Fonds zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung (187 Mio.), für die

Drogenbekämpfung (143 Mio.), Militärhilfe (38,5 Mio.) sowie für Anti-Terrorismus-Politiken, Minenentsorgung und verwandte Programme (21 Mio.) vorgesehen. Zudem stehen 20 Mio. für afrokolumbianische und indigene Gemeinschaften, 19 Mio. für Menschenrechtsprogramme sowie 4 Mio. für Biodiversitätspolitiken zur Verfügung.³ Somit stehen die USA zumindest in der ersten Phase der Implementierung des Friedensprozesses zu ihren Hilfszusagen, was für Kolumbien von zentraler Bedeutung ist.

Die Beziehungen mit Europa

Die Beziehungen zwischen Kolumbien und der EU sind auf drei Ebenen angesiedelt. Erstens ist Kolumbien als Mitglied der Andengemeinschaft (CAN) Teil der Beziehungen zwischen CAN und EU und genießt dadurch seit Ende der 1960er Jahre einen privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Zweitens unterhält Kolumbien direkte Beziehungen mit der EU, beispielsweise existiert seit 2013 ein Freihandelsabkommen EU-Kolumbien/Peru. Drittens bestehen umfangreiche bilaterale Beziehungen mit einzelnen Mitgliedsstaaten der EU.

Als der damalige Präsident Pastrana sich Ende der 1990er Jahre im Rahmen seiner "Diplomatie für den Frieden" um internationale Unterstützung für Kolumbien bemühte, hoffte er auch auf umfassende Unterstützung durch die EU. Aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen über die einzuschlagende Strategie stießen seine Hilfsappelle in Europa jedoch nicht auf großen Zuspruch. Für Pastrana war es ebenso wie für die USA von grundlegender Bedeutung, den kolumbianischen Militärapparat zu stärken, während die EU die Finanzierung von Projekten in den Bereichen Soziales und Menschenrechte für notwendig hielt, um die Ursachen und nicht die Symptome des bewaffneten Konflikts zu bekämpfen. Die relative Distanz zwischen Kolumbien und der EU während der Regierung Pastrana vertiefte sich mit dem Amtsantritt von Präsident Uribe angesichts diametral entgegengesetzter Positionen im Hinblick auf die Lösung des bewaffneten Konflikts. Trotz der distanzierten Positionen erhielt Kolumbien jedoch im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit umfangreiche Hilfgelder, wobei Spanien zu den wichtigsten Gebern ge-

3 Colombia Reports, <<https://colombiareports.com/us-congress-approves-vowed-450m-peace-colombia-aid-package/>>, (7.6.2017).

hörte. Die europäische Unterstützung konzentrierte sich allerdings auf die Finanzierung von Programmen zugunsten der Opfer des bewaffneten Konflikts, zur Bekämpfung der Ungleichheit sowie zum Schutz der Menschenrechte. Zwischen 2002 und 2006 flossen europäische Hilfgelder in Höhe von 105 Mio. Euro nach Kolumbien. Auch die europäische Zivilgesellschaft, darunter zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, leistete einen wichtigen Beitrag zur humanitären Unterstützung Kolumbiens. Als Handelspartner war die EU bis 2010 nach den USA der zweitwichtigste Partner Kolumbiens.

Infolge des außenpolitischen Kurswechsels unter Präsident Santos kam es nach 2010 rasch zu einer politischen Annäherung zwischen Kolumbien und der EU. Der Beginn der Friedensgespräche mit den FARC zeigte eine weitreichende Übereinstimmung zwischen den Vorstellungen der kolumbianischen Regierung und der EU. Dies ermöglichte es, dass die EU zu einem wichtigen Akteur im Hinblick auf die internationale Legitimation des Friedensprozesses wurde. Seit 2011 wurden die diplomatischen Treffen auf höchster Ebene intensiviert. Die europäische Unterstützung für die Entwicklungen in Kolumbien schlug sich auch in der Entscheidung nieder, im Jahr 2015 die Visapflicht für die Einreise kolumbianischer Staatsbürger in den Schengen-Raum abzuschaffen.

Seit Beginn der Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC erklärte die EU ihre Unterstützung für den eingeschlagenen Weg sowie ihre Bereitschaft, die Implementierung eines möglichen Friedensabkommens finanziell zu unterstützen. Die EU spielte eine führende Rolle bei der Einrichtung eines Multi-Geber-Fonds im Rahmen der Weltbank, über den diverse internationale Hilfgelder für Kolumbien kanalisiert werden. Im Mai 2016 kündigte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, bei einem Besuch in Kolumbien Hilfgelder in Höhe von 575 Mio. Euro für die Implementierung der Friedensabkommen an.

Neben den gemeinschaftlichen Geldern der EU haben auch einzelne Mitgliedsländer erhebliche Mittel zur Unterstützung des Friedensprozesses zur Verfügung gestellt, unter anderem Deutschland, Frankreich und Spanien (Pastrana Buelvas/Gehring 2017: 42-43; zu den deutsch-kolumbianischen Beziehungen siehe den Beitrag von Peter Birle in diesem Band). Die EU als Block und in Form einzelner Mitgliedsländer ist somit ein wichtiger strategischer Partner für Kolumbien im Rahmen der Umsetzung des Friedensabkommens. In Themenbereichen wie Wiedereingliederung

von ehemaligen Kämpfern, Übergangsjustiz, ländliche Entwicklung und Bildung kann Europa mit der dort vorhandenen Expertise und mit finanzieller Unterstützung einen grundlegenden Beitrag zum Erfolg des Friedensprozesses leisten. Dabei besteht allerdings stets die bereits erwähnte Herausforderung, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen erwünschter externer Unterstützung und Abwehr gegenüber externer Einmischung zu bewahren.

Gestaltungsansprüche und Kooperationsmöglichkeiten Kolumbiens auf globaler Ebene

Im Hinblick auf seine globale Ausrichtung sieht sich Kolumbien in den kommenden Jahren mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Dabei verfolgt das Land eine mehrdimensionale Strategie. Erstens möchte es Teil derjenigen internationalen Wirtschaftsinstitutionen sein, in denen die etablierten Mächte präsent sind und versucht daher, sich nach der Stagnation der Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) an den sich konsolidierenden Mega-Wirtschaftsblöcken zu beteiligen. Ein Hauptanliegen ist dabei die Mitgliedschaft in der Transpazifischen Partnerschaft. Sie ist auch Teil der Bestrebungen um eine tiefere wirtschaftliche Einbindung in den asiatisch-pazifischen Raum. Kolumbien bevorzugt weiterhin die traditionelle Nord-Süd-Kooperation gegenüber der Süd-Süd-Kooperation mit anderen lateinamerikanischen Staaten und aufstrebenden Mächte des Südens. 2013 beschloss die Regierung Santos, ihre globalen Mitwirkungs- und Gestaltungsansprüche durch die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu untermauern.⁴ Damit unterwirft sich das Land jedoch auch dem Gruppenzwang und den *best practice*-Bewertungskriterien dieses von Industrieländern dominierten Clubs. Bei der Einführung von OECD-konformen Standards sieht sich Kolumbien mit zahlreichen innenpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Diese hängen sowohl mit den sozialen Kosten der umzusetzenden Reformen als auch mit deren Ablehnung durch interne Akteure, die ihre Interessen dadurch beeinträchtigt sehen, zusammen.

4 Zum Stand der Überprüfung des Entwicklungsstands des Landes durch die OECD siehe: <<http://www.oecd.org/latin-america/countries/colombia/>> (7.6.2017).

Die zweite Dimension der globalen Strategie bezieht sich auf die Transformation der internationalen Wahrnehmung Kolumbiens und die Rolle, die das Land in den globalen Organisationen spielt. Das internationale Image Kolumbiens war lange Zeit durch Themen wie Drogenhandel, Gewalt und Unsicherheit geprägt. Der Andenstaat wurde in erster Linie als "Problemland" wahrgenommen, dessen innere Konflikte zu einem Überfließen der Gewalt in die Nachbarländer führen oder gar die gesamte Subregion in eine geopolitische Dynamik unter der Hegemonie der USA bringen könnten. Das Bemühen um eine Überwindung dieses Images sowie der Randstellung im regionalen und globalen Maßstab dauert schon seit mehr als einer Dekade an und ist Teil der außenpolitischen Strategien verschiedener Präsidenten gewesen (Cardona 2011; Randall 2011). Dabei ging es auch um die Frage, wie das Land seine geopolitische Lage besser nutzen kann, sei es mit Blick auf die USA, den karibischen Raum und Zentralamerika oder auch im Hinblick auf das Amazonasbecken mit seinem Ressourcenreichtum und seinen Sicherheitsherausforderungen. Aus dieser Sicht heraus sind jene Positionen entstanden, die dem Land eine Rolle als "Scharnier" zwischen den verschiedenen regionalen Zugehörigkeiten zuweisen wollen und das Bild eines "Brückenlandes" diskutieren (Carvajal 2012). Zunehmend hat das kolumbianische Außenministerium allerdings von solchen Festlegungen Abstand genommen und demgegenüber die Beteiligung Kolumbiens an der globalen Agenda betont, wobei insbesondere die Ziele nachhaltiger Entwicklung, die Neuorientierung der internationalen Drogenpolitik und die Klimaziele in den Vordergrund gerückt werden. Zu den Bemühungen, Kolumbien als *emerging power* zu positionieren, die sich durch internationale Einbindung und eine aktive Gestaltungsrolle zu Fragen der Weltpolitik beweisen will, gehört auch die Übernahme von Verantwortung im Rahmen von UN-Friedensmissionen (Ramírez 2015).

Die dritte Dimension der globalen Strategie Kolumbiens berücksichtigt den Wandel, der mit der Klassifizierung Kolumbiens als Land mit mittlerem Einkommen seit 2010 einhergeht. Im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit hat der Andenstaat damit den Kreis derjenigen Länder verlassen, die stark von internationalen Hilfen abhängig sind. Infolgedessen ist Kolumbien in zunehmendem Maße dazu gezwungen, finanzielle Ressourcen zur Lösung interner Probleme selbst aufzubringen. Gleichzeitig verfügt das Land nun über die Möglichkeit, seine Rolle als internationaler Kooperationspartner zu stärken. Dabei ist Kolumbien

insbesondere darum bemüht, sein im jahrzehntelangen Kampf gegen den Drogenhandel und gegen aufständische Gruppen erworbenes Know-how anderen Staaten sowie internationalen Organisationen zur Verfügung zu stellen. Beispielsweise hat man damit begonnen, Mexiko, Guatemala, El Salvador sowie verschiedenen karibischen Ländern eine verstärkte Kooperation im Bereich Sicherheit anzubieten.

Fazit

Die internationale Einbindung Kolumbiens und die Außenpolitik des Andenstaates unterliegen seit einigen Jahren grundlegenden Veränderungen. Dazu hat neben dem Regierungswechsel von Präsident Uribe zu Präsident Santos im Jahr 2010 insbesondere der Friedensprozess mit den FARC beigetragen. Die Transformationsprozesse betreffen alle Bereiche der Außenpolitik, angefangen von den Beziehungen mit den Nachbarländern und der Haltung Kolumbiens gegenüber den regionalen Kooperationsprozessen bis hin zu den Beziehungen mit den USA und Europa sowie der Rolle Kolumbiens in globalen Foren und Prozessen. Die Veränderungen können in vier zentralen Tendenzen zusammengefasst werden:

- Erstens ist es zu einer thematischen und geographischen Diversifizierung der Außenpolitik gekommen, allerdings unter Beibehaltung der engen bilateralen Beziehungen mit den USA.
- Zweitens hat Kolumbien seine bilateralen Beziehungen mit den Nachbarländern ausgebaut und seine Partizipation an multilateralen Prozessen in Süd- und Lateinamerika verstärkt.
- Drittens ist der Andenstaat um eine proaktivere und gestaltende Rolle in globalen Organisationen und Foren bemüht.
- Viertens ist es Kolumbien gelungen, das Image als Problemland zu überwinden und sich stattdessen als aufstrebende Macht zu präsentieren. Dieser Prozess ist allerdings noch längst nicht abgeschlossen.

Der von Präsident Santos initiierte Friedensprozess ist in doppelter Hinsicht ein zentrales Thema für die kolumbianische Außenpolitik: Einerseits wären die skizzierten Veränderungen der internationalen Rolle des Landes ohne den Friedensprozess mit den FARC kaum möglich gewesen; andererseits war die internationale Gemeinschaft nicht nur enorm wichtig für

die Legitimation der Verhandlungen mit der Guerilla, sondern die internationale Unterstützung wird auch von grundlegender Bedeutung für eine erfolgreiche Implementierung des Friedensprozesses sein.

Literaturverzeichnis

- ARROYAVE, Mario (2012): "La UNASUR en la estrategia regional de Colombia y Brasil". In: Pastrana Buelvas, Eduardo/Jost, Stefan/Flemes, Daniel (Hg.): *Colombia y Brasil: ¿socios estratégicos en la construcción de Suramérica?* Bogotá: Fundación Konrad Adenauer/Pontificia Universidad Javeriana, S. 239-283.
- BETANCOURT VÉLEZ, Ricardo (2016): "Los organismos hemisféricos y regionales en el posconflicto colombiano". In: Pastrana Buelvas, Eduardo/Gehring, Hubert (Hg.): *Política exterior colombiana: escenarios y desafíos en el posconflicto*. Bogotá: Fundación Konrad Adenauer/Pontificia Universidad Javeriana, S. 317-344.
- BIRLE, Peter (2016): "Außenpolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen seit Beginn des 21. Jahrhunderts". In: Paap, Iken/Schmidt-Welle, Friedhelm (Hg.): *Peru heute. Politik. Wirtschaft. Kultur*. Madrid/Frankfurt a.M.: Iberoamericana/Vervuert, S. 193-217.
- BORDA, Sandra/GÓMEZ, Santiago (2015): "The Internationalization of Colombia's Peace Process: From Isolation to Containment". In: Bagley, Bruce M./Rosen, Jonathan D. (Hg.): *Colombia's Political Economy at the Outset of the 21st Century: From Uribe to Santos and Beyond*. Lanham: Lexington Books, S. 163-192.
- CANDEAS, Alessandro (2013): "Brasil y Colombia: Vecinos otrora distantes descubren el potencial de su relación". In: Pastrana Buelvas, Eduardo/Jost, Stefan/Flemes, Daniel (Hg.): *Colombia y Brasil: ¿socios estratégicos en la construcción de Suramérica?* Bogotá: Fundación Konrad Adenauer/Pontificia Universidad Javeriana, S. 283-308.
- CARDONA, Diego (Hg.) (2011): *Colombia: una política exterior en transición*. Bogotá: Friedrich Ebert Stiftung en Colombia (FESCOL).
- CARVAJAL, Leonardo (2006): "Tres años del gobierno de Uribe (2002-2005): un análisis con base en conceptos dicotómicos de política exterior". In: *OASIS*, 11, S. 135-149.
- (2012): *Colombia: país puente en política exterior: retos y desafíos*. Bogotá: Centro de Pensamiento Estratégico/Ministerio de Relaciones Exteriores.
- CARVAJAL, Leonardo/AMAYA, Rodrigo (2005): "La Política Exterior de la Administración de Uribe (2002-2004): Alineación y securitización". In: *Cuadernos del CIPE*, 15, S. 5-69.
- CONSEJO DE DEFENSA SURAMERICANO (2014): *Registro Suramericano de Gastos Agregados en Defensa 2006-2010*. Bogotá: UNASUR.
- HAWLEY, Alexander (2017): *The Future of U.S.-Latin American Relations under President Donald Trump*. Ibero-Analysen, Heft 28. Berlin: Ibero-Amerikanisches Institut.
- MÁRQUEZ RESTREPO, Martha (im Druck): "Colombia's Role on the Sub-regional Level". In: Birle, Peter/Maihold, Günther/Pastrana Buelvas, Eduardo (Hg.): *Colombia's New International Role*. Berlin: Ibero-Amerikanisches Institut.

- MILES, Richard G. (2017): "Does Trump Have a Plan for Colombia?". In: *Foreign Policy*, 27.4.2017, <<http://foreignpolicy.com/2017/04/27/does-trump-have-a-plan-for-colombia/>> (7.6.2017).
- NAMIHAS, Sandra (2012): "La construcción de una asociación estratégica y un desarrollo fronterizo entre el Perú y Colombia". In: Instituto de Estudios Internacionales (IDEI) (Hg.) (2012): *Veinte años de política exterior peruana*. Lima: Fondo Editorial de la Pontificia Universidad Católica del Perú, S. 53-74.
- NOVAK, Fabián/NAMIHAS, Sandra (2011): *Perú-Colombia: La construcción de una asociación estratégica y un desarrollo fronterizo*. Lima: Fundación Konrad Adenauer/Instituto de Estudios Internacionales (IDEI).
- PASTRANA BUELVAS, Eduardo (2011): "La política exterior colombiana hacia Sudamérica: de Uribe a Santos". In: *IX curso para diplomatas sul-americanos. Textos académicos*. Brasilia: Fundação Alexandre de Gusmão/Ministério das Relações Exteriores, S. 67-82.
- PASTRANA BUELVAS, Eduardo/BETANCOURT VÉLEZ, Ricardo/CASTRO, Rafael (2014): "Colombia y la Alianza del Pacífico: Un proyecto regional de cara a la multipolaridad creciente". In: Pastrana Buelvas, Eduardo/Gehring, Hubert (Hg.): *Alianza del Pacífico: Mitos y Realidades*. Cali: Universidad Santiago de Cali, S. 75-116.
- PASTRANA BUELVAS, Eduardo/GEHRING, Hubert (Hg.) (2017): *La política exterior colombiana de cara al posconflicto*. Bogotá: Pontificia Universidad Javeriana/Fundación Konrad Adenauer.
- PASTRANA BUELVAS, Eduardo/VERA, Diego (2012a): "Los desafíos de Colombia frente a la proyección de Brasil como potencia regional y jugador global". In: Jost, Stefan (Hg.): *Colombia: una potencia en desarrollo. Escenarios y desafíos para su política exterior*. Bogotá: Fundación Konrad Adenauer, S. 613-642.
- (2012b): "Rasgos de la política exterior brasileña en su proceso de ascenso como potencia regional y jugador global". In: Pastrana Buelvas, Eduardo/Jost, Stefan/Flemes, Daniel (Hg.): *Colombia y Brasil: ¿socios estratégicos en la construcción de Suramérica?*. Bogotá: Fundación Konrad Adenauer/Pontificia Universidad Javeriana, S. 135-186.
- (2015): "La política exterior colombiana y el proceso de paz". In: *Foreign Affairs Latinoamérica*, 15, 3, S. 104-111.
- RAMÍREZ, Socorro (2015): "La presidencia de Santos: avances e incertidumbres en Colombia". In: *Nueva Sociedad*, 260, S. 4-14.
- RANDALL, Stephen J. (2011): "The Continuing Pull of the Polar Star: Colombian Foreign Policy in the Post-Cold War Era". In: Gardini, Gian Luca/Lambert, Peter (Hg.): *Latin American Foreign Policies*. New York: Palgrave Macmillan, S. 139-157.
- RIGGIROZZI, Pía/GRUGEL, Jean (2015): "Regional Governance and Legitimacy in South America: The Meaning of UNASUR". In: *International Affairs*, 91, S. 781-797.
- TICKNER, Arlene (2007): "Intervención por invitación. Claves de la política exterior colombiana y de sus debilidades principales". In: *Colombia Internacional*, 65, S. 90-111.